



Annette Widmann-Mauz
Mitglied des Deutschen Bundestages
Parlamentarische Staatssekretärin

Pressemitteilung

Widmann-Mauz MdB fordert sachliche Debatte zum US-Freihandelsabkommen: „Öffentliche Daseinsvorsorge wird nicht angetastet“

Berlin, 9. September 2014
Anlagen:

Annette Widmann-Mauz MdB
Platz der Republik 1
Telefon: +49 30 227 77217
Fax: +49 30 227 76749
annette.widmann-mauz@bundestag.de

Bürgerbüro
Am Stadtgraben 21
72070 Tübingen
Telefon: +49 7071-32314
Fax: +49 7071-33314
annette.widmann-mauz@wk.bundestag.de

Wahlkreisabgeordnete Tübingen

Anlässlich der verstärkten öffentlichen Diskussion über die Auswirkungen der geplanten Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) erklärt die CDU-Bundestagsabgeordnete und Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Gesundheit, Annette Widmann-Mauz MdB:

Wir brauchen dringend eine Versachlichung der Debatte, schließlich hat die EU schon mehrere Freihandelsabkommen erfolgreich abgeschlossen, z.B. mit Südkorea. Ziel von TTIP ist keine Privatisierung, sondern der weitere Abbau von Zöllen und Handelshemmnissen sowie die Harmonisierung von Produktionsbestimmungen zwischen der EU und den USA. Damit könnten gerade unsere mittelständischen deutschen Maschinenbauer jährlich hunderttausende Euro Bürokratie-, Zertifizierungs- und Ausfuhrkosten beim US-Export sparen. Auch die heimische Automobilindustrie würde durch vertraglich geregelte Sicherheits- und Technikstandards enorm profitieren.

Schätzungen gehen daher von einem jährlichen Wachstumsimpuls von 119 Mrd. Euro auf europäischer und 95 Mrd. Euro auf amerikanischer Seite aus. Allein im noch immer krisenbelasteten Europa könnten bis zu 400.000 Arbeitsplätze entstehen. Deutschland profitiert hier besonders, denn die USA unser wichtigster Handelspartner außerhalb der EU.

Während sich die öffentliche Debatte an eventuellen Nachteilen von TTIP entzündet, wird vergessen, dass TTIP die Chance bietet, europäische Vorstellungen von Verbraucher- und Arbeitnehmerschutz sowie Klima- und Umweltschutz in einem der weltweit größten Binnenmärkte mit 800 Mio. Menschen zu verankern. Es wäre fahrlässig, auf diese Gestaltungsmöglichkeit zu verzichten und die Definition von Markt- und Produktstandards aufstrebenden Wirtschaftsmächten wie China, Indien oder Russland zu überlassen. Diese reale Gefahr wird von TTIP-Kritikern zu leicht übersehen.



Zugleich müssen die Bedenken der Menschen bezüglich einer möglichen Liberalisierung von Arbeitnehmerrechten, sozialer Sicherheitsstandards, Umwelt- und Verbraucherschutzstandards und der öffentlichen Daseinsvorsorge unbedingt ernst genommen werden. Dafür müssen die Ziele und komplexen Inhalte der Verhandlungen deutlich transparenter gestaltet und besser kommuniziert werden. Dies ist eine Herausforderung, die die Politik noch stärker angehen sollte.

Tatsache ist, dass die öffentliche Daseinsvorsorge wie im Bereich Wasser, Gesundheit oder Bildung durch TTIP nicht angetastet wird. Im Gegenteil: Im Verhandlungsmandat der EU-Kommission ist ausdrücklich festgelegt, dass die hohe Qualität der Daseinsvorsorge in der EU erhalten bleiben muss. Ein Privatisierungsdruck ist durch das Handelsabkommen nicht erkennbar.

Als öffentliche Auftraggeber dürfen Kommunen auch weiterhin Vergabekriterien bei Ausschreibungen selbst bestimmen. Allerdings können sich künftig auch US-Unternehmen um diese Aufträge bewerben, wenn sie lokale Sozial- und Umweltstandards erfüllen. Gleiches gilt auch für deutsche Unternehmen auf dem US-Markt.

Auch die Frage des Investitionsschutzes und der damit verbundenen Schiedsverfahren zwischen Unternehmen und Staaten gilt es, mit Augenmaß zu betrachten. Sowohl amerikanische als auch europäische Unternehmen brauchen angemessenen Investitions- und Vertrauensschutz, um im Ausland zu investieren. Deutschland selbst hat Investitionsschutzregeln erfunden und ist mit rund 130 Staaten Verträge abgeschlossen. Wichtig dabei ist, dass rechtsstaatlich und demokratisch zustande gekommene Gesetze nicht umgangen und staatliche Hoheitsrechte zum Schutz des Gemeinwohls nicht ausgehebelt werden. Dafür setzt sich die Bundesregierung in den laufenden Verhandlungen bei CETA und TTIP konsequent und mit Nachdruck ein.